



> Feuilleton > Debatten > Die wehrhafte Demokratie ist kein Zustand, sondern ein Auftrag



HÖLDERLIN-PREIS

Die wehrhafte Demokratie ist ein Auftrag

GASTBEITRAG von **Necati Öziri**

12.07.2025, 07:59 Lesezeit: 7 Min.



Das Paradox nach Karl Loewenstein besteht darin, dass die Demokratie bereit sein muss, sich zu verteidigen – notfalls mit Mitteln, die ihren Idealen widersprechen.



Zur App

In meinem Debütroman „Vatermal“ ist die Stelle, die wohl am häufigsten in Rezensionen und Gesprächen erwähnt wird, der Moment, in dem der Protagonist Arda bei der Ausländerbehörde sitzt und im Zuge seiner Einbürgerung schriftlich darlegen soll, dass er Deutsch fehlerfrei beherrscht – obwohl der für ihn zuständige Beamte

darüber informiert ist, dass Arda in Deutschland geboren wurde, hier zur Schule geht und kurz vor dem Abitur steht. Der Teenager ist in dieser Situation ziemlich nervös und ziemlich high, was keine gute Kombination ist, und so folgt eine humoristische Einlage, in der Arda dem Beamten alle Klischees ironisch bestätigt – natürlich in korrektem Deutsch.

Im Anschluss an diese Szene folgt eine weitere Erklärung, auf die ich hingegen noch nie angesprochen wurde: Arda soll ebenfalls schriftlich versichern, dass er sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik bekennt, dass er keine Bestrebungen verfolgt oder unterstützt, die sich gegen diese Grundordnung richten, und dass er dies auch in Zukunft nicht tun wird. Dieses Bekenntnis, keine verfassungsfeindlichen Ziele zu verfolgen und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung treu zu sein, muss nicht nur meine Romanfigur abgeben, sondern tatsächlich jede Person, die in Deutschland eingebürgert wird – das kann ich anhand lebensweltlicher Recherchen verbürgen.

Schutz vor einer Wiederholung des Nationalsozialismus

Gesetzlich verankert ist diese sogenannte Loyalitätserklärung im Paragraph 10 des Staatsangehörigkeitsgesetzes, und wer gegen diese Verpflichtung verstößt, kann unter bestimmten Bedingungen sogar wieder ausgebürgert werden. Dieses Sicherungsmittel gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen ist Ausdruck des Gedankens der „wehrhaften Demokratie“. Das Konzept geht unter anderem auf den Staatsphilosophen Karl Loewenstein zurück und wurde nach 1945 elementar, um sich vor einer Wiederholung des Nationalsozialismus zu schützen.

Auf eine vergleichbare Weise müssen sich übrigens auch Lehrerinnen und Lehrer, wie überhaupt Menschen, die verbeamtet werden, zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen, allerdings mit dem entscheidenden Unterschied, dass sie nicht ausgebürgert werden können, sofern sie nicht vorher eingebürgert wurden. Bei schweren Verstößen werden sie vielleicht vom Dienst suspendiert oder ihres Amtes enthoben oder Ähnliches. Ihr Deutschsein wird ihnen aber niemals abgesprochen.

Wer ist Teil der Gemeinschaft und wer nicht

Es ist das eine, dass dieses Land Zugehörigkeit in erster Linie immer noch nach Blut verteilt; dass manche, obwohl hier geboren und aufgewachsen, nicht nur eingebürgert werden müssen, sondern zusätzlich damit leben, ihre Bürgerrechte auch postum wieder verlieren zu können, während andere, die ihre Staatsbürgerschaft geerbt und nicht hart erarbeitet haben, das nicht müssen. Darin liegt ein Doppelstandard, der zeigt, dass es jenseits unserer Haltung gegenüber der Verfassung etwas gibt, das wir als entscheidendes Kriterium anerkennen, wer Teil der Gemeinschaft ist und wer nicht.

Was ich an dieser Loyalitätslogik aber auch interessant finde, ist ihre Grundlage: Wie demokratisch ist es eigentlich, Treue zur Demokratie zu erzwingen, könnte man fragen. Und ist es nicht ebenso undemokratisch, ihre Feinde mit vermeintlich undemokratischen Mitteln zu bekämpfen und auszuschließen? Die Loyalitätserklärung zielt nicht auf ein vorliegendes, beweisbares Verhalten ab, sondern auf eine zugrunde liegende Haltung. Es wird ein Urteil gefällt aufgrund der Gesinnung gegenüber der Ordnung.



Karl Loewenstein F.A.Z.

Karl Loewenstein hat dieses Paradox benannt und dazu geschrieben: Eine Demokratie darf nicht wehrlos sein. Sie muss bereit und in der Lage sein, sich selbst zu verteidigen – notfalls mit Mitteln, die ihren eigenen Idealen widersprechen. Dazu gehören: Staatsangehörigkeitsentzug, Grundrechtsentzug, Berufsverbote und Parteiverbote – sofern die Demokratie in Gefahr ist.

Nun sagen wir oft, die Demokratie leider auch mit undemokratischen Mitteln verteidigen zu müssen. Meistens allerdings tun wir das dort, wo es uns Macht und Vorteil bringt – nämlich im Ausland oder bei den sogenannten „Anderen“; selten dort, wo es notwendig und angemessen wäre, nämlich in den eigenen Reihen.

Selbstkritische Perspektive

Dabei ist mit wehrhafter Demokratie eine selbstkritische Perspektive gemeint. Der Staatsrechtler Loewenstein baute sein Konzept auf den Erfahrungen der Weimarer Republik auf. Er selbst musste 1933 aus Deutschland fliehen und veröffentlichte wenige Jahre später im amerikanischen Exil zwei Essays, in denen er analysierte, warum die Weimarer Republik gescheitert war. Seiner Diagnose nach war die junge Demokratie zu liberal denen gegenüber, die sie offen bekämpften. Sie ließ die Nationalsozialisten marschieren, polemisieren, zersetzen, bis es zu spät war und sie von innen ausgehöhlt wurde. Loewenstein argumentierte deshalb, eine Demokratie dürfe gegenüber ihren Feinden nicht neutral und schutzlos sein, sondern müsse bereit sein, selbst mit Einschränkungen der Freiheit zu reagieren, falls diese Freiheit dazu benutzt würde, sie abzuschaffen.

Nach 1945 fanden seine Überlegungen noch an weiteren Stellen Einzug in unsere Verfassung. Besonders sind sie im Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes, dem sogenannten Widerstandsrecht, zu finden. Dort heißt es: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Das ist ein Satz, der in keiner anderen westlichen Verfassung so steht und sich seiner historischen Dringlichkeit bewusst ist. Ein dialektischer Satz, der auf eine Art deutscher nicht sein könnte, der

mit einbezieht, dass unsere Ordnung nicht ideal, sondern verletzlich und schutzbedürftig ist, dass es sein könnte, dass unsere Institutionen versagen, weil sie das schon mal taten.

Der letzte Notanker der Verfassung

Es ist der letzte Notanker der Verfassung. In der Praxis musste dieses Recht bis heute zum Glück noch nie aktiviert werden. Doch es erinnert uns daran, dass Demokratie kein Zustand, sondern ein Auftrag ist. Und wenn dieser Auftrag durch verfassungsfeindliche Kräfte gefährdet ist und keine Wahl, keine Demonstration, keine Debatte und auch kein Parteienverbot diese Gefahr noch aufhalten kann, dann hat demnach jede und jeder Einzelne das Recht, dagegen vorzugehen. Es ist ein symbolisches Versprechen und eine Erinnerung an die Verantwortung künftiger Generationen, an uns heute.

Was bedeutet es aber heute, wenn von mir und Millionen anderer Menschen eine Loyalität zu unserer Grundordnung und unseren Werten verlangt wird, während im Bundestag eine Partei sitzt, die der Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft hat und die diese Grundordnung ablehnt? Würde man die Loyalitätserklärung, die ich unterzeichnen musste, den Mitgliedern der AfD vorlegen, müsste der Partei die Staatsbürgerschaft entzogen werden, wenn sie denn eine solche hätte. Denn wer diese Erklärung unterschreibt, bekennt sich zur Menschenwürde, zur Gleichheit vor dem Gesetz, zur Unantastbarkeit der demokratischen Ordnung. Das sind Grundprinzipien, deren Achtung der AfD laut Einschätzung des Bundesamts für Verfassungsschutz in Teilen abgesprochen wird.



Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen für Geflüchtete in Gießen *Frank Röth*

Sie schürt Hass gegen Minderheiten, relativiert NS-Verbrechen, greift die Gewaltenteilung an, verachtet die parlamentarische Demokratie – und arbeitet daran, das politische System von innen zu destabilisieren. Sie verfolgt nachgewiesenermaßen verfassungsfeindliche Ziele. Wer so handelt, hat die Treue zu dieser Gesellschaft und ihrer Grundordnung gebrochen. Die AfD ist eine Bewegung gegen die Demokratie im Gewand einer Partei. Sie nutzt die Spielregeln, um das Spiel abzuschaffen.

Aus Gesprächen höre ich heraus, dass viele insgeheim hoffen, man müsse nur eine restriktive Migrationspolitik umsetzen; und wenn erst mal weniger Migrantinnen und Migranten ins Land kommen, werde sich „das Problem AfD“ von selbst erledigen. Diese Menschen sind – wenn auch nur schweren Herzens – bereit, Prinzipien der Menschlichkeit zu opfern, und glauben so, politische Stabilität und Sicherheit wahren zu können. Doch der Faschismus lebt nicht von Feinden – er lebt vom Prinzip des Feindbildes. Es geht nicht wirklich darum, ein vermeintliches Problem zu lösen, sondern darum, das Denken allmählich umzustrukturieren; und wenn die Geflüchteten der AfD als Feindbild irgendwann nicht mehr taugen, wird sie versuchen,

die Nächsten ins Zentrum zu stellen: Menschen muslimischen Glaubens, die aber hier geboren sind, Menschen mit Migrationsgeschichte, queere Menschen, jüdische Menschen, Menschen mit Behinderungen und schließlich alle, die eine andere Meinung vertreten. Auch jene, die dachten, sie seien sicher.

Ideologie und Denkstruktur

Weil es uns oft leichter fällt, mit dem Finger auf andere Länder zu zeigen, möchte ich an dieser Stelle ein Beispiel aus der Türkei anführen: Nach dem Wahlerfolg der HDP (jener Partei, die sich in der Türkei für die Rechte von Minderheiten einsetzt) im Jahr 2015 wollte Präsident Erdoğan führende Oppositionspolitiker ausschalten – allen voran Selahattin Demirtaş, den Vorsitzenden der HDP. Um ihn und viele weitere Abgeordnete strafrechtlich verfolgen zu können, musste die parlamentarische Immunität aufgehoben werden. Dafür ließ Erdoğan die Verfassung ändern – ein Schritt, der nur mit Unterstützung der größten Oppositionspartei, der CHP, möglich war. Viele CHP-Abgeordneten stimmten damals zu, obwohl sie den Schritt für falsch hielten. Sie begründeten ihre Entscheidung mit der Notwendigkeit, Stabilität herzustellen und die Ordnung aufrechtzuerhalten. Und wer wurde nun im März 2025 verhaftet? Ekrem İmamoğlu von der CHP. Der Oberbürgermeister von Istanbul gilt als einer der bedeutendsten politischen Gegenspieler Erdoğan.

Wer glaubt, durch die Preisgabe von Prinzipien Stabilität zu gewinnen, verliert am Ende beides – Prinzipien und Stabilität. Wenn die AfD mächtiger wird, und das wird sie, wenn wir weiter ihren Forderungen hinterherrennen, vielleicht nicht als Partei, aber als Ideologie und Denkstruktur, die sie vertritt, dann geht es wahrscheinlich zuerst mir an den Kragen, weil ich dunkle Haare habe oder was weiß ich. Aber früher oder später trifft es jede und jeden, sofern er oder sie die Freiheit liebt.

MEHR ZUM THEMA

HYPE UM BUCHCLUBS

Ein offenes Buch

DEUTSCHER BUCHPREIS

Schaulaufen im Schauspiel

NECATI ÖZIRIS ROMAN „VATERMAL“

Aylin heißt jetzt Yvonne

Schriftstellerinnen und Schriftsteller laufen durchlässig durch die Welt. Sie nehmen früh wahr, wie sich Diskurse verschieben, weil sich autoritäre Tendenzen zuerst in der Sprache äußern – in Abwertungen, in Auslassungen, in sprachlicher Verrohung. Sie reagieren nicht erst auf Gesetzesänderungen, sondern spüren Verschiebungen im gesellschaftlichen Klima. Sie können anzeigen, wenn sich Sprache verändert, lange bevor das Töten von Menschen als „Drecksarbeit“ bezeichnet wird. Sie hören, dass sich Worte wie „Brandmauer“ allmählich abnutzen. Seit Jahrzehnten merken wir, wie sich das öffentlich Sagbare verschiebt, wie sich das Denkbare verändert und es das Machbare vorbereitet.

Ich spreche hier als eine von vielen Personen, die dieser Gesellschaft ein Versprechen gegeben haben. Ich meine nicht als Teenager, der eingebürgert wurde, sondern als Schriftsteller, der mit jedem Text aufs Neue versucht, herauszufinden, was uns als Menschen ausmacht, was uns verbindet. Ich mache mir keine Illusion darüber, was ein einzelnes Buch, ein einzelner Text bewirken kann. Aber ich glaube daran, dass wir in Zeiten des Kriegs, des Autoritarismus und der um sich greifenden faschistischen Strukturen nicht schweigen dürfen, sondern benennen müssen, was wir wahrnehmen. Auch in Dankesreden.

Necati Öziri wuchs im Ruhrgebiet auf. Sein Debütroman „Vatermal“ stand unter anderem auf der Shortlist des Deutschen Buchpreises 2024. Dies ist die leicht gekürzte Rede zur Verleihung des Friedrich-Hölderlin-Förderpreises der Stadt Bad Homburg.

Quelle: F.A.Z. [Artikelrechte erwerben](#)



© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2025
Alle Rechte vorbehalten.